

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,50 M. für die Woche, 6,10 M. für den Monat. Durch die Post 6,10 M. für den Monat.
Postfachkonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H.“ Breslau.
Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887.

Sonntag, 9. Oktober 1921

Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Millimeterzeile oder deren Raum 0,30 M., auswärts 0,40 M. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Vereins- und Verammlungsanzeigen 0,40 M. Mehrfache: Die Millimeterzeile, gewöhnlich oder deren Raum im Text 8.— M.

Hungernde Kinder und nimmerfatte Profitjäger.

Die Agrarier haben seit der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Milch, Getreide, Fleisch usw. unerhörte Profite errangert auf Kosten der hungernden und darbenenden Proletarier.

Die Düsseldorfener Milchlieferanten sind, wie bereits gemeldet, in den Lieferstreik getreten, weil auch ihnen die fetten Zwischenhändlerprofite noch zu gering sind. Die Stadt Düsseldorf ist nämlich dazu übergegangen, angesichts des großen Kinderelends, die Milchversorgung teilweise selber in die Hand zu nehmen und sie unter die Kontrolle der Stadt zu stellen. Die Milchgroßhändler sind aus Protest in den Lieferstreik getreten. Ihr Profit ist ihnen heiliger als das Leben und die Gesundheit der hungernden Proletarierkinder. In diesem Zusammenhang lohnt es sich, auf den Umfang des Kinderelends in Deutschland hinzuweisen. Nach den Feststellungen, die die Abgeordnete **Christmann** in der vergangenen Woche im Preussischen Landtag gemacht hat, grassiert das Kinderelend und die Säuglingssterblichkeit in besonderem Ausmaß im Ruhrgebiet. **Abg. Christmann** stellt fest:

In **Essen** liegt die Sterblichkeit der Kinder unter zwei Jahren von 500 im Jahre 1913 auf 700 im Jahre 1920. Außerdem ist ein Rückgang der Geburten um über 2000 pro Jahr zu verzeichnen. Die Zahl der Sterbefälle an Tuberkulose stieg von 292 auf 1260.

In **Solingen** ergibt sich folgendes Bild: Bei der Neuaufnahme der Schulkinder wurde festgestellt, daß 30 Prozent der Schulanfänger von der Tuberkulose angefallen sind. Vor dem Kriege waren es nur 14 Prozent. Die Malaria war früher in Solingen kaum bekannt. Heute sind fast alle Kinder von dieser Krankheit befallen. Sehr viele haben wieder das Laufen verlernt. 1914 mußten in Solingen von 1000 Schulanfänger 26 wegen Kränklichkeit zurückgestellt werden, heute 123. Die Zahl der Totgeburten stieg von 6 auf 11 Prozent.

In **Harren** ergab sich, daß 32 Prozent der dortigen Schulkinder hochgradig unterernährt und 27 Prozent an der Tuberkulose erkrankt sind. Manchmal ist es unmöglich, das Alter der Kinder festzustellen. Achtjährige sehen vielfach aus, wie früher die Fünfjährigen. Der Harrener Schularzt **Dr. Hoffer** hat ausgeführt, daß durch die Unterernährung die Kinder solche Schäden an Leib und Seele erlitten haben, daß sie nicht wieder gutzumachen sind.

Abg. Christmann weist in ihren Feststellungen noch darauf hin, daß die Unbemittelten nicht einmal in der Lage sind, die ihnen zuzuführenden verringerten Mengen Milch zu beziehen.

Wiesbaden wird auch die Frischmilch zu Trockenmilch verarbeitet, die dann in den Schokoladenfabriken Verwendung findet. Die Schokoladenfabriken liefern einen großen Teil ihrer Produktion ins Ausland und erzielen damit ungeheure Gewinne. Die deutschen Schokoladenfabriken haben nach dem Kriege geradezu riesige Dividenden verteilt.

So liegen die Dinge für die norddeutschen Industriearbeiter. Doch ähnliche Bilder finden wir bei genauer Betrachtung der Dinge auch bei den süddeutschen Proletariern.

Das Stuttgarter Städtische Nachrichtenamt verbreitet eine unzulängliche Darstellung der Ergebnisse der Schüleruntersuchungen und der Fürsorgemaßnahmen, die von der Stadt Stuttgart gegen die Verelendung der Kinder unternommen wurden. Rachitis wurde bei rund 10% Prozent der Knaben und 6% Prozent der Mädchen festgestellt. Ein Sechstel bis ein Fünftel aller Schüler unserer Stadt leiden an Blutarmut.

Der Münchener Stadtrat erläßt einen Aufruf, der zeigt, daß die bayerische „Ordnungsstelle“ für die Besitzenden bedeutet, daß sie ihre Profite ungehindert einsacken kann, für die Proletarier, daß sie dem Hunger und Elend überantwortet werden. In dem Aufruf des Münchener Stadtrats heißt es u. a.:

„Die zunehmende Teuerung hat die wirtschaftliche Lage der Schwervertriebsbeschäftigten, Kriegshinterbliebenen, Witwen und Waisen, Invaliden und Kleintrentner usw. bis zur äußersten Not verschärft. Viele Tausende von Familienvätern, Müttern und Kindern sind nicht mehr imstande, ihren Hunger auch nur mit Brot und Kartoffeln zu stillen. Seit langer Zeit entbehren sie schon die notwendigen Wäsche und Kleidung. Es ist nicht möglich, auch nur im bescheidensten Maße für den kommenden Winter für Brennstoffe zu sorgen. Die Notlage muß verzweifelte Verhältnisse schaffen, wenn ihr nicht entschieden gesteuert wird. Die öffentliche Fürsorge allein kann nicht mehr genügen, um dem Elend abzuwehren. Wir rufen deshalb die Münchener Geschäftswelt auf zur Tat, und bitten die Industrie, sowie Handel, Handwerk und Gewerbe, sich freiwillig zu verpflichten, durch ihre Korporationen dem Wohlfahrtsamt der Stadt München angemessene Beiträge zur Verfügung zu stellen.“

Der recht gut gemeinte Appell des Münchener Stadtrats an die christliche Nächstenliebe der Profitjäger aller Art wird unbeachtet verhallen. Es ist dieser Appell ein Versuch im Kleinen, die Auswüchse des Kapitalismus zu beseitigen mit Hilfe der Besitzenden, wie die geplante Koalition der SPD mit Stinnes ein solcher Versuch im Großen ist.

Deutschland darf nicht länger die Rolle sein für Tausende Proletarierkinder, für Kriegskrüppel, Rentner, Arbeitsinvaliden, arbeitslos und arbeitende Proletarier — und andererseits das Scharaffenland für Industriemagnaten, Börsenspekulanten, Großagrarien und ähnliches Gekicher. Nicht mit Stinnes' Arm in Arm kann dieser Auguststahl gesäubert werden. Die Front aller Ausgebeuteten, Hungernden, Elenden, die Front des gesamten Proletariats gilt es zu schließen. Allein die Daten über das Kinderelend müßten jedem Arbeiter, jeder Proletariermutter Ansporn sein, ihr Fleisch und Blut — ihre Kinder zu entreißen den kapitalistischen Profitgeiern.

Mit Breitscheid oder mit Strefemann?

Die Frage der Bildung der Reichsregierung ist bisher keinen Schritt vorwärts gekommen. Zwar ist es gewiß, daß der rechte Flügel der SPD-Führerschaft, der die Delegierten der Parteimitgliedschaft in Görlich unerhört geschickt überumpelte und einen Beschluß durchsetzte, der es ermöglichen sollte, eine Koalitionsregierung unter Einbeziehung der Deutschen Volkspartei zu bilden, auch noch heute nicht von seinem Standpunkt abgerückt ist. Dieser Teil der mehrheitssozialistischen Führer hatte sich den Gedanken Births zu eigen gemacht, daß die Ausführung der von der Entente auferlegten Reparationslasten durch die Heranziehung der Industriellen und ein Regierungsbündnis mit ihnen zu erleichtern sei. Der Reichstagspräsident Löbe stellt in einer Unterredung mit dem „Matin“ fest, daß die Mehrheitssozialisten zunächst kategorisch jedes Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei abgelehnt hätten. Dann aber habe sich ein Wechsel in ihrer Haltung vollzogen, als sie sich Rechenschaft gegeben hätten, daß man dem Kanzler jede Möglichkeit geben müsse, das Londoner Ultimatum zu erfüllen, das ja gerade der Daseinsgrund für das Kabinett Birth sei. Ausschlaggebend bei dieser veränderten Einstellung sei die Tatsache gewesen, daß mehrere Volksparteiler, wie die Herren Strefemann, v. Karborff und von Raumer, scheinbar geneigt gewesen wären, dem Plan des Reichstagspräsidenten, die Sachwerte zu erfassen, zuzustimmen. Wenn die gesamte Deutsche Volkspartei sich diesem Plan angeschlossen hätte, dann wäre die Basis für eine neue Regierungskoalition ohne weiteres von selbst gegeben gewesen.

Wenn nun auch ein großer Teil der Führer der SPD, und vor allen Dingen der Parteivorstand an dem Pläne, eine Verbindung mit der Deutschen Volkspartei herzustellen, festhält, so ist trotz des mit großer Majorität gefaßten Görlicher Beschlusses keineswegs zu verkennen, daß innerhalb der lokalen Organisationen der SPD, sich eine für diese Partei ungewöhnlich starke und erregte Opposition bemerkbar macht. Der Widerspruch eines großen Teils der SPD-Massen gegen die Schließung von Görlich ist um so verständlicher, da die SPD, in ihrer Agitation bisher sehr stark gegen die Stinnes-Partei eingestellt war. Und es ist klar, daß die Arbeiter der Sozialdemokratischen Partei nicht so leicht umlernen und einschwenken wie der Parteivorstand und Reichs- und Landtagsfraktion.

Die Stimmung der Parteimitglieder kommt deutlich in einem Artikel von Bernhard Krüger über den Görlicher Beschluß auch im Berliner „Vorwärts“, dem Zentralorgan der Sozialdemokraten, zum Ausdruck. Er schreibt:

„Der Beschluß betreffend Zusammenarbeiten ebtl. mit der Deutschen Volkspartei hat zweifellos wie ein kalter Wassertrahl gewirkt. Unter allen Umständen hätte der Versuch gemacht werden müssen, die Regierung zu verbreitern, aber nicht nach rechts, sondern nach links. Ist genug hat der „Vorwärts“ sowohl als auch im allgemeinen die sozialdemokratische Presse betont, daß ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei einfach unmöglich sei, weil sie grundtätig auf dem Boden der Monarchie stehe und zweitens, weil sie es abgelehnt habe, das Ultimatum von London zu unterschreiben. . . . Jeder war damit überzeugt, daß ein Zusammengehen mit der Volkspartei die Restaurierung der unabhängigen Partei bedeuten würde. Glaubt denn jemand im Ernst, daß die Deutsche Volkspartei im Innern ihres Herzens die sogenannten Mindestforderungen unterschreiben wird? Und wenn es geschieht, so wird sie von dem Grundfaß ausgehen, daß nichts so heilig geessen, wie es gefocht wird. Wir müssen endlich zu einer Einigung innerhalb des Proletariats kommen, soll nicht all das, was in jahrzehntelanger Arbeit aufgebaut, wieder in Trümmer gehen. Unser Ziel muß sein: Proletarier, einigt euch, ohne Rücksichtnahme auf die bürgerlichen Parteien.“

Durch die erregte Stimmung der Mitgliedschaften, durch die Furcht, daß nicht nur die USPD wieder erstarkt, sondern daß auch ein großer Teil der Enttäuschten der SPD, und auch der USPD-Arbeiter wegen der vollkommenen Aufgabe aller proletarischen Grundsätze durch diese beiden Parteien sich der SPD zuwenden werden, ist die Führung der Sozialdemokratie und der USPD in eine heikle Situation geraten. Die Situation ist nicht gebessert worden durch die Antworten der Demokratischen und der Zentrumspartei, die deutlich zeigen, daß beide Parteien auch weiterhin die Erweiterung der Koalition nach rechts durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei verlangen. Sie richten ihrerseits die Gegenfrage an die Sozialdemokratie, ob die Unabhängige Sozialdemokratische Partei bereit sei, an einer Koalition unter Einbeziehung der Deutschen Volkspartei teilzunehmen. Außerdem verlangt die Demokratische Partei eine Erklärung der Unabhängigen darüber, ob sie auf die Einbeziehung der Arbeiterpublik auf dem Weg der Gewalt verzichtet. Bisher habe die USPD nur erklärt, daß die Herbeiführung der Arbeiterpublik auf gewalttätigem Wege von ihr gegenwärtig für inopportun, ungewöhnlich, gehalten werde.

Es ist interessant, daß die Berliner „Freiheit“, das Zentralorgan der Unabhängigen Sozialdemokratie, auf diese Anfragen nur recht unklar antwortet. Sie schreibt dazu, die Antworten der Demokraten und des Zentrums seien nur ein Ausweichen, sie befugten nichts über die Mindestforderungen der USPD. Da die Deutsche Volkspartei jedes Zusammengehen mit der Unabhängigen Partei abgelehnt habe, so stelle sich die schon an sich nicht eraste Frage, ob die USPD mit dieser Partei zusammengehe, als eine Absehung der Verantwortung und ein

Der Wiesbadener Schacher. Milliardengewinne für die Kapitalisten, Milliardenlasten für die Arbeiter.

Am 5. Oktober haben Loucheur und Rathenau in Wiesbaden das Reparationsabkommen unterzeichnet. Danach hat Deutschland in den nächsten 4 Jahren an Frankreich Materiallieferungen im Werte von 7 Milliarden Goldmark zu machen

7 Milliarden Goldmark sind heute nahezu 150 Milliarden Mark in Papier. Diese Summe soll im Innern Deutschlands durch Druck neuen Papiersgeldes bezahlt werden. Die Entwertung der deutschen Mark wird also raslos weitergehen; weitergehen wird also der Abbau der Reallohne; ins Unenträglichke wird der Steuerdruck wachsen, nicht nur auf das Proletariat, sondern darüber hinaus auf alle nichtkapitalistischen Schichten: der Kleinbürger und der Kleinbauern. Die 150 Milliarden sollen in Wahrheit bezahlt werden von der Masse des werttätigen Volkes.

Die Reparation erfolgt nicht von Staat zu Staat, sondern ist Geschäftsache privatrechtlicher Organisationen: So wird denn Rathenaus Plan verwirklicht werden. Als Preis der Waren ist der normale französische Inlandspreis vorgesehen: Mit der notwendigerweise unausgesetzten Geldentwertung in Deutschland wachsen somit die Profite der deutschen Unternehmer. Ihnen ist eine unbeschränkbare, ständig steigende Exportprämie garantiert.

Unter solchen Umständen wird die Liebersteunde der deutschen Kapitalisten keine Grenze kennen, und nicht umsonst ist im Abkommen der Fall vorgesehen, daß Deutschland bis zum 1. Mai 1926 noch mehr liefert als 7 Milliarden Goldmark.

Der Ausplünderung der deutschen Arbeiter durch die deutsche und die französische Bourgeoisie gemeinsam ist es unerhört groß, daß selbst die radikal-nationalistischen Elemente der französischen Bourgeoisie gegen den Wiesbadener Pakt wenig einzuwenden haben. Sogar Bertinot hält im „Globe de Paris“

das System der Ausbeutung des deutschen Proletariats bis auf Marx für gewinnbringender als militärische Maßnahmen.

Für die englische Bourgeoisie ist dagegen das Abkommen nicht angenehm. Nicht nur, weil nach Meinung englischer Sachverständiger durch das Wiesbadener Abkommen auf Frankreichs Konto mehr zu Reparationszwecken gezahlt wird, als ihm prozentual nach dem Abkommen von London zusteht. Vor allem fürchtet England, Frankreich als Absatzmarkt zu verlieren. Und es fürchtet ferner, daß die stete Entwertung der Mark, wie sie durch den Druck von 150 neuen Papiermilliarden bedingt ist, Deutschlands Schuldendienst zu verachtenden Dimensionen führen wird, daß die englische Industrie konkurrenzunfähig wird. Es ist zu erwarten, daß in den Reparationskommissionen seitens der englischen Vertreter gegen das Wiesbadener Abkommen Einspruch erhoben wird.

Ob dies Abkommen, das das deutsche Proletariat an das französische Großkapital unter Loucheurs Führung verschachtet, dem Reichstag vor Ratifizierung vorgelegt werden wird, ist in der deutschen demokratischen Republik höchst unwahrscheinlich. „Auch Hugo Stinnes hat dem Abkommen seine volle Zustimmung erteilt“, teilt ein Mitarbeiter Loucheurs ausdrücklich mit. In der Tat ist Stinnes' Einverständnis viel wesentlicher als die Meinung des Parlaments. Was sollte auch Stinnes dem Wiesbadener Pakt zuwider sein? Neues Gold, neue Macht werden dann wachsen; und die Görlicher Lagung läßt dann hoffen, daß die SPD-Führer ihnen dabei treu zur Seite stehen.

1 Mark = 5 Pfennig.

Das Goldaufgeld, das bisher 900 betrug, wird mit Wirkung vom 20. Oktober auf 1900 erhöht.

Damit ist offiziell gesagt, daß man für 100 Goldmark 2000 Papiermark zu zahlen hat. Dem müßte eine 20fache Erhöhung der Löhne und Gehälter gegenüber 1913 entsprechen. Bisher beträgt sie etwa das 8fache. Eine Lohnerhöhung um 150 Prozent wäre notwendig, um lediglich die Existenzbedingungen der Vorkriegszeit wiederherzustellen.

rein taktisches Randverbar. Das heißt auf gut deutsch, daß diese Unabhängigen Sozialdemokraten sich noch nicht einmal dazu aufschwingen, ganz klar jede Koalition mit der Deutschen Volkspartei abzulehnen. Es muß durchaus den Anschein erwecken, als ob die USPD sich noch ein Hinterbüchlein offen lassen will für den Abmarsch zu einer Koalition auch mit der Deutschen Volkspartei.

Und die Sozialdemokraten? Ihr Zentralorgan, der Berliner „Vorwärts“ stellt fest, daß die beiden Koalitionsparteien wohl eine Verbreiterung nach rechts, aber nicht nach links wünschen. Der Beschluß der Demokraten vom 18. September, der eine Koalition auch mit den Unabhängigen im Bereich des Reiches erscheinen ließ, sei eine leere Geste gewesen. Unter diesen Umständen sei nicht abzusehen, wie zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien eine Einigung über die Verbreiterung der Koalition erzielt werden solle.

Auch diese Ausführungen dieser SPD-Zeitung läßt an Klarheit alles zu wünschen übrig. Trotz des diplomatischen Zwischenspiels der letzten Tage werden sie keinen einsichtigen Arbeiter darüber hindurchlassen können, daß die Sozialdemokratie letzten Endes doch bereit sein wird, einen Pakt mit der Deutschen Volkspartei abzuschließen. Kommt es ihr doch vor allen Dingen darauf an, wieder in die preussische Regierung einzutreten. Die Bedingungen dafür sind bereits festgelegt. Es ist kein Zweifel, daß Stegerwald als Vorbedingung für den Eintritt der SPD, an der Teilnahme der Deutschen Volkspartei an der preussischen Regierung festhalten wird. Und die SPD-Führer werden wohl oder übel darauf eingehen.

Dadurch aber, daß die USPD sich prinzipiell zur Bildung einer Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien bereit erklärt hat, hat sie der SPD den Weg zu Stinnes erleichtert. Die sozialdemokratischen Führer halten eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien für notwendig. Und da für die Demokraten und das Zentrum im Augenblick nur eine Stinnesregierung möglich ist, so muß die Sozialdemokratie mit Stinnes zusammengehen. Es ist kein Ausweichen mehr möglich. Die SPD wird zwar noch die Berliner Stadtverordnetenwahlen am 16. Oktober abwarten. Dann wird die Koalition der SPD mit Stinnes-Sinnes — ganz gleich, ob mit oder ohne Breitscheid — Wirklichkeit werden.

Die Folgerung, die die Arbeiter aus der gegenwärtigen Situation ziehen müssen, kann nicht die der Mehrheitssozialisten sein. Der Weg der Arbeiter ist klar vorgezeichnet. Ist für die SPD keine andere Koalitionsregierung möglich als eine mit der Deutschen Volkspartei, so folgt daraus, daß die letzten Illusionen über die Erfolge einer Koalition mit der Bourgeoisie aus den Köpfen der Arbeiter weichen müssen. Nicht mit Stinnes, nicht mit der Bourgeoisie, nur auf eigene Kraft gestellt, kann sich die Arbeiterklasse die für ihr Leben notwendigen Sicherungen erringen. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur ihr eigenes Werk sein.

Politische Uebersicht.

Der Weg der USPD nach Görlitz.

Das sozialdemokratische Zwickauer „Volkblatt“ schreibt über die Antwort der USPD:

Im wesentlichen ist die Stellung, die die Unabhängigen zur Koalitionsfrage einnehmen, keine andere, als die, die unsere Partei stets und auch jetzt noch zur Frage der Regierungsbildungen einnimmt. Die Frage der Koalition mit bürgerlichen Parteien ist keine grundsätzliche, sondern eine taktische Frage, sie muß nach der jeweiligen Lage und den jeweiligen Umständen beurteilt werden. Die Forderungen, die die Unabhängigen erfüllt sehen wollen, ehe sie eine Regierung unterstützen oder in eine Regierung eintreten, sind im großen und ganzen die gleichen, die in unserem Görlitzer Beschluß zum Ausdruck kommen. Die einzige Abweichung wäre schließlich die Forderung nach der Sozialisierung des Versaunes, für die die Sozialdemokratie sich ebenfalls einsetzt, die aber in den Görlitzer Forderungen nicht enthalten ist.

Dies überlassen es den unabhängigen Arbeitern, hieraus die Folgerungen zu ziehen.

Sozialdemokraten gegen die Koalition mit Stinnes.

Das Zwickauer „Sächsische Volksblatt“ schreibt über das Besetzungsangebot der Kapitalisten:

Auf gut deutsch ausgedrückt: Die Deutsche Volkspartei hat sich mit dem Gelde der Großindustrie in die Regierung einzufügen wollen, um dort ihre Interessen zu vertreten und die Republik zu unterhöhlen. Das ist ein politischer Einwand (sowasgleichen und unzählige mehr) festgehalten werden, daß (wie das Zwickauer „Sächsische Volksblatt“ selbst) das Besetzungsangebot der Industrie hinstufig werden soll, wenn die bösen Sozialdemokraten die Stinnesmänner nicht in die Regierung hineinzuschoben wollen.

Gegen eine derartige politische Scheiberei muß das deutsche Volk ganz entschiedene Stellung nehmen, und wenn die Herrschenden ihr Geld nicht gewollig als Falsche geben wollen, so muß sie der Volkswille zur Abschaffung, resp. zur Erschließung dieser Werte zwingen. Das Angebot der Industrie beweist, daß entgegen häufiger Behauptungen die Mittel für die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen bis zu einem gewissen Grade vorhanden sind.

Die Führer der SPD, so unter anderem der Reichstagspräsident Lobe, haben die „Goldleihe“ nicht als politische Scheiberei, sondern als ein Zeichen des „Opferwille“ der Kapitalisten, einer „Ranchung“ der Deutschen Volkspartei betrachtet und daraus die Notwendigkeit der Stinneskoalition bewiesen.

Diese politischen Scheibereien müssen verhindert werden!

Die Regierungsbildung in Thüringen.

Beim 2. Oktober. Eine Besprechung zwischen den Funktionären der SPD, USPD und USV, die zu einer Vereinbarung über die Regierungsbildung in Thüringen geführt hat, ist ein sozialdemokratischer Regierungsbeschluß, der die SPD unter den entscheidenden Bedingungen und Beschränkungen ihre Unterstützung in Aussicht stellt. Die SPD legt bei den Verhandlungen einen Preis fest, der es für notwendig erklärt, daß eine Umbildung der SPD, USPD und USV erfolgt. Die Kommunisten lehnen feststehend eine solche Regierungsbildung ganz entschieden ab, da sie grundsätzlich auf dem Boden der Schaffung einer Reichsregierung stehen. Die USPD erklärt sich bereit, sowohl mit den beiden anderen Parteien, als auch mit einer von ihnen die Regierungsbildung zu unterstützen. Die Unterstützung einer solchen Regierung

würde davon abhängen, ob die sozialistische Regierung eine wirklich proletarische Politik zur Wahrung der Interessen betreibt. Die USPD, welche die grundsätzlichen Forderungen vor, welche enthalten die Annahme der Grundsteuer, des Haushaltsplanes sowie die auf dem Görlitzer Parteitag aufgestellten Mindestforderungen. Zu diesen Forderungen gaben unsere Genossen folgende Erklärung ab:

1. Die Kommunistische Fraktion des Landtages ist bereit, für eine sozialistisch-unabhängige Regierung zu stimmen.

2. Die parlamentarische Stellung der Kommunistischen Partei zu einer rein sozialistischen Regierung in Thüringen wird abhängen von der Gesamtpolitik dieser Regierung und zwar davon, ob sie energisch die Interessen der werktätigen Bevölkerung vertritt.

3. Die Kommunisten werden auf die tatsächliche praktische Durchführung des von der SPD aufgestellten Minimalprogramms mit allen Nachdruck drängen.

4. Die Kommunistische Fraktion ist bereit, einer solchen sozialistischen Regierung, die die unter Punkt 2 bezeichnete Ziele innerhalb der finanziellen Mittel im Rahmen der Reichsregierung zu bewilligen unter der Voraussetzung, daß von der Regierung alles versucht wird, um diese Mittel durch die bestehende Klasse anfordern zu lassen und um einen energischen Kampf zu führen gegen reichsgesetzliche Verordnungen, die denen im Wege stehen.

In bezug auf die Anerkennung und Unterstützung der Republik erklärte die Kommunistische Fraktion, daß sie ihre prinzipielle Stellung zur heutigen bürgerlich-demokratischen Republik nicht aufgeben könne, daß sie aber diese Republik gegen alle Angriffe von rechts mit allen Mitteln verteidigt. Die Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Reich, Staat, Gemeinde, die Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeioargane, die Sicherung und den Ausbau der Sozialgesetzgebung betrachtet die Kommunistische Partei als Selbstverständlichkeit.

Herr Boehner, es gibt 50000 Mark zu verdienen!

Der Oberreichsanwalt erläßt einen Steckbrief wegen Hochverrats gegen den General-Landchaftsdirektor Kapf aus Königsberg, den Major a. D. Babst, den Oberst a. D. Bauer, den Art und Volkswirtschaftler G. B. Schiele aus Raumburg a. d. Saale, den Schriftsteller Karl Schindler, den Schriftsteller Credit-Eincoln, den General der Infanterie a. D. Freiherrn v. Lütjow und den Korvettenkapitän Ehrhardt.

Die Reichsregierung hat eine Belohnung bis zu 50000 M. für den Ausgespürten, der zur Aufklärung des Sachverhaltes oder zur Ergreifung eines der flüchtigen Angeklagten beiträgt. Diese Komödie, die hier vor den deutschen Arbeitern aufgeführt wird, ist der deutschen Justiz würdig. Die Wohltäter der Bauer und Ehrhardt weiß in Deutschland jedes Kind. Wenn die Justiz je den Willen gehabt hätte, die Kapverbrecher zu bestrafen, dann wäre ihr tausendfach Gelegenheit geboten gewesen, die Hochverräter dingfest zu machen. Durch dieses Zwischenstück soll lediglich die Solidarität der Justiz mit den monarchistischen Konterrevolutionären verhöhlt werden.

Herr Boehner, Polizeipräsident a. D., wollen Sie sich die 50000 Mark verdienen?

Der Achtstundentag muß fallen.

Verheißung zwecks Erfüllung des Ultimatums.

Am 1. Oktober fand in Düsseldorf die Generalversammlung des Thüringer Hütten- und Bergwerksvereins N.-G. statt. Der Vorsitzende, Geheimrat Kommerzienrat Mödner, legte in einer längeren Rede die Auffassung der Schwerindustrie über die gegenwärtige Konjunktur dar. Er feierte den Zustand der Mark, der es ermöglichte, vom Ausland ungeheure Profite einzubringen, und riefte die Aufforderung an Frankreich, einen Pakt mit der deutschen Industrie zu schließen, die politischen Gegensätze beiseite und das „freie Valten der Wirtschaftsträger“ wüsten zu lassen. In den Vordergrund seiner Ausführungen stellte er die Notwendigkeit der Beseitigung des Achtstundentages.

Mödner jagte wörtlich:

„Der einzige Weg, eine Besserung der Verhältnisse zu erzielen, ist Mehrarbeit. Die schematische Festhaltung des Achtstundentages muß aufgegeben werden. Das deutsche Volk muß nicht zur Erfüllung, sondern zur Mehrarbeit zwecks Erfüllung aufgezwungen werden. Deutschland hat nicht hoch genug einschlagende Kräfte in seinen Arbeitern und wissenschaftlichen, technischen Hilfskräften, die zum Teil auch bereit sind, Hunger zu erdulden. Wir fordern ungezügelt wieder nur einer großen Volkswirtschaft. Der Reichssozialismus müßte sich damit befassen, die Werke in bezug auf die Produktionsleistung einzuführen. Auch daß die Bergwerke mehr fördern, um der Industrie die Rohle zur Vergrößerung der Betriebe, zur Einstellung der Arbeitslosen und zur Erhöhung des Auslandsausflusses zu sichern, sollen jetzt die Betriebe weniger arbeiten, um weil die Bergwerke nicht mehr Rohle liefern können. Wir befinden uns hier vor einer dicken Not und es würde wirklich zu begrüssen sein, wenn die Bergwerke wieder allgemein leistungsfähiger werden würden, wie dies bereits von einer Anzahl Bergarbeiter freiwillig geschieht. Nur wenn bedeutende Mehrarbeit geleistet wird, ist das Ende der weiteren Verschlechterung der Mark aufgehoben.“

Der Vorsitzende des Thüringer-Kongresses hat mit aller Deutlichkeit das Programm der Schwerindustrie bekanntgegeben: Mehrarbeit zwecks Erfüllung! Das Programm der Schwerindustrie ist das Programm der Deutschen Volkspartei. Die deutsche Sozialdemokratie ist auf dem Wege zur Koalition mit der Deutschen Volkspartei. Die Einheitsfront des Proletariats wird hierdurch von den Führern der SPD zerbrochen. Die Genossen gehen lieber mit Mödner und Sinnes gegen die Arbeiter, als mit den Arbeitern gegen Mödner und Sinnes.

Die heutigen Arbeiter können aus dieser Lastade ersehen, wie notwendig die Zusammenfassung aller Wirtschaftskräfte und die Einheitsfront des Proletariats gegenüber Sinnes und seinen Verbündeten ist.

Der Danziger Kommunistenprozess.

Der Danziger Schöffegericht wird seit Montag gegen die am 4. August im Danziger Volkstage beschlossenen kommunistischen Abgeordneten, Genossen Kuhn und Schmidt, verhandelt. Das Gericht zeigt gleich im Beginn der Verhandlung seinen Klassencharakter. Der Vorsitzende nimmt dem Staatsanwalt die Arbeit ab. Dem Genossen Kuhn wird in seiner Verteidigungsrede mehrfach das Wort entzogen, und dieselbe Mahnung ergießt der Vorsitzende gegen den Verteidiger Rosenfeld. Die ganze Verhandlung der Klagge prüft sich immer mehr darauf, daß der Volkstagspräsident Matijah in seiner Rede auf die Frage der Verteidigung eingehen muß, daß er es nicht für nötig gehalten hat, die ihm gemachten

Mitteilungen über einen bevorstehenden kommunistischen Putsch nachzuprüfen.

Auf Grund dieser Mitteilung erfolgte die Verhaftung der Schuppelzei in das Parlament, die zu den Tumulten führte, in deren Verlauf die Genossen Schmidt und Kuhn verhaftet wurden. Auf die Frage des Genossen Kuhn an den Volkstagspräsidenten, ob er in der Sitzung am 4. August außer den Verhandlungen noch andere Handlungen begangen habe, muß Matijah zugeben, daß Kuhn nur Verhandlungen getan hat. Der Zeuge Dr. Panek antwortet auf dieselbe Frage des Genossen Kuhn mit: Nein.

Der Senator Schürmer, der die Anordnung zur Verhaftung der beiden Abgeordneten gegeben hat, erzählt in seiner Vernehmung lange Geschichten von umgestürzten Wasserläufern usw., die ihn veranlaßt hätten, die Anwendung des § 106 des StGB als gegeben zu erachten. Der Verteidiger Rosenfeld wird des öfteren vom Vorsitzenden daran gehindert, Fragen an die Zeugen zu richten. Er verlangt einen Gerichtsbeschluß über die Berechtigung des Vorsitzenden zu diesem Vorgehen, und latente bedroht das Gericht, daß der Vorsitzende die Verurteilung jederzeit unterbrechen kann.

Parteitag der USPD.

Der Parteitag der USPD ist zum Sonntag, den 8. Januar 1922 nach Leipzig mit folgender Tagesordnung einberufen worden:

1. Eröffnung und Konstituierung des Parteitages.
2. Geschäftsbericht:
 - a) Allgemeines,
 - b) Massenbericht und Organisation.
3. Bericht der Reichstagsfraktion.
4. Bericht der Programmkommission.
5. Finanz- und Steuerpolitik.
6. Organisationsstatut.
7. Die Internationale Arbeitsgemeinschaft.
8. Anträge.
9. Wahl der Parteileitung.

Die Zahl der Delegierten ist auf 200 festgesetzt, die auf die einzelnen Bezirke durch das Zentralkomitee verteilt werden.

Am 7. Januar beginnt in Leipzig die Reichsfrauenkonferenz der USPD.

Interessant ist, daß der Parteitag der USPD erst so spät stattfindet. Sollte der Grund dafür in der Koalitionsfrage mit und im Abweichen vom Leipziger Aktionsprogramm zu finden sein? Vielleicht sollen die Mitglieder der USPD in der Frage der Koalitionsfrage mit der Bourgeoisie vor vollendete Tatsachen gestellt werden?

Musland.

Der internationale Kriegsteilnehmerkongreß.

Auf dem gegenwärtig in Wien tagenden internationalen Kriegsteilnehmerkongreß gelangte ein Antrag Parbusse zur Annahme, der von den Vertretern der radikalen Richtung lebhaft begrüßt wurde. Es soll ein internationales Büro geschaffen werden, das alle Dokumente und Urkunden sammelt, die über die Lage der Kriegsofer Aufschluß geben. Mit der Annahme dieses Antrages fiel der Antrag der österreichischen Delegation, welcher eine Führungsnahme mit dem Internationalen Arbeitsamtes in Genf forderte. In den Schlussätzen der angenommenen Thesen heißt es, daß der Krieg die Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist, daß Verteidigungskriege für kapitalistische Staaten nicht gerechtfertigt sind, daß wirklicher Kampf gegen den Krieg Kampf gegen den Kapitalismus sein muß. Es wurde ferner eine Resolution angenommen, in der dem russischen Proletariat brüderliche Grüße entboten werden. Kein Staat der Welt hätte auch nur das geringste Recht, sich in die inneren Angelegenheiten Sowjetrußlands einzumengen. Der Aufruf schließt mit den Worten: Es lebe der Befreiungskampf des russischen Proletariats!

Zschitcherin und Nadel über die Kriegsgefahr.

Der Moskauer Korrespondent des „Manchester Guardian“, Arthur Ransom, hatte eine Unterredung mit Zschitcherin über die Kriegsgefahr. Auf die Frage des englischen Journalisten, warum Bilubski den Krieg wolle, antwortete Zschitcherin: Bilubski ist ein romantischer Kleinbürger, ganz erfüllt von der alten polnischen Literatur, und er träumt von seinem Einzug in Moskau. Erst war er ein Werkzeug Oesterreichs, jetzt ist er ein Werkzeug Frankreichs. Aber, jetzt wie damals ist er derselbe romantische Bilubski und weiß selbst nicht, daß er das Werkzeug anderer ist. Der Engländer fragte weiter: „Sollten Sie wirklich die Lage für ernsthaft?“ Zschitcherin antwortete: „Ich denke, sie ist ernster als sie seit vielen Monaten gewesen ist. Alles schien schon auf eine friedliche Lösung hinzudeuten. Da hat der Hunger erneut die Hoffnungen unserer Feinde gestärkt. Und sie glaubten den bunten Geschichten von unserer Schwäche. Aber die fremden Korrespondenten, die hier waren, haben ihnen gezeigt, daß sie sich irren und daß unsere Position durchaus nicht erschüttert ist. Und nun beschloßen sie, einen neuen Versuch zu machen, uns mit Gewalt zu vernichten. Sie denken die Tatsache auszunutzen, daß wir unsere Transportmittel dazu brauchen, um den Hungergebieten zu helfen. Wenn es nötig ist, wird Sowjetrußland sich wiederum verteidigen. Aber ich appelliere an Sie und alle Freunde des Friedens, alle Kraft aufzubieten, damit Oesterropa vor einem neuen vernichtenden Krieg bewahrt wird.“

Ransom hatte ferner eine Besprechung mit Nadel. Dieser betonte, daß die russischen Enthüllungen über Frankreichs Kriegsplane absicht zufreffen, trotz der französischen Dementis. „Die russische Regierung besitzt dokumentarische Beweise, deren Echtheit unanfechtbar ist. Die Dementis der verschiedenen Regierungen werden diese Regierungen nur kompromittieren, wenn Rußland im Falle des Bruches sein gesamtes Material veröffentlicht.“

Die russisch-rumänischen Beziehungen.

Aus Bukarest erzählt die „Koffa“: Der Minister Argenteanu hat dem Korrespondenten der Zeitung „Liberté“ ein Interview gewährt, in dem er unter anderem ausführte: „Wir sind unerschütterliche Feinde des Volksevidenz. Doch haben wir immer Neutralität gegenüber Sowjetrußland gewahrt. Beharrlicher Weise hat die Sowjetregierung unsere Haltung nicht verändert, denn Zschitcherin hat unserer Regierung eine Note angedreht, welche beweist, daß die Sowjetregierung Handlungen, die im internationalen Recht begründet sind, und mit den Neutralitätspflichten im Einklang stehen, solchen feindlicher Natur gleichgültig.“ Argenteanu meint die Note, in

welcher Töchterin gegen die Unterfütterung der Gegenrevolutionäre... (Text continues)

Mit welchem Enthusiasmus der rumänische Minister... (Text continues)

Gewerkschaftliches.

1. Kongreß des Afa-Bundes.

In Düsseldorf wurde am Sonntag unter zahlreicher Beteiligung... (Text continues)

Der erste Tagesordnungspunkt bildete ein Referat Dr. Singheimers... (Text continues)

Körpel (ZdL) weist noch darauf hin, daß die Arbeitnehmer... (Text continues)

In seinem Schlußwort betont Singheimer, daß die geschaffenen... (Text continues)

Die Anträge Körpels werden angenommen bezw. dem Vorstand... (Text continues)

Zweiter Verhandlungstag.

Am zweiten Kongreßtage referierte Bruno Süß über die Reorganisation... (Text continues)

An der Diskussion beteiligten sich nur vier Redner... (Text continues)

Zum 4. Punkt hielt der preussische Finanzminister... (Text continues)

Gewerkschaften, besteht sein solle, Personen heranzubilden... (Text continues)

Die Gewerkschaften sind heute nicht mehr, was sie früher waren... (Text continues)

Mit diesem klassischen Ausdruck in seiner Rede hat Herr Liebmann... (Text continues)

Das ist traurig, darf aber für Kommunisten kein Grund sein... (Text continues)

Wann werden die Buchdrucker einig vorgehen?

Wie zu erwarten war, finden sich viele Mitgliedstaaten des Verbandes... (Text continues)

Wie Herr Motta-Schweiz in der Versammlung des Völkerverbands... (Text continues)

Arbeiter! Proletarier! 20 Millionen Arbeiter und Bauern... (Text continues)

Arbeiter, wollt ihr das dulden? Die Hilfsaktion der proletarischen Klasse... (Text continues)

Gebt! und gebt schnell! Was ihr für die Brüder in Rußland tut... (Text continues)

wettgemacht. Die so notwendigen Anschaffungen für den Winter... (Text continues)

Da nun die Verbandsbürokratie die neuen Abmachungen... (Text continues)

Bedauerlich ist es, daß diese kämpfenden Mitgliedstaaten... (Text continues)

Die vom Finanzministerium bewilligten 23 Proz. hätten das Gehalt... (Text continues)

Das ist die Folge! Ganze Volkstabelletragungen... (Text continues)

Zum Lohnkampf der Schupobeamten.

Von einem Schupowachmeister.

Endlich nach hartem Kampf ist es den Schupobeamten gelungen... (Text continues)

Was diese Zulage tatsächlich ausmacht, zeigt folgendes Beispiel:

Ein Untervachmeister bekommt als Grundgehalt	333,33 M.
Erhöhungschlag in Berlin	166,66 "
70 Prozent Teuerungszulage	391,99 "
zusammen	941,98 M.

dabei gehen ab:	
Verpflegung pro Tag 8 M.	240,- M.
Steuern	84,- "
Kleiderkosten	50,- "
Wohnungsmiete	20,- "
Verband	5,- "
zusammen	399,- M.

bleibt ein Monatsgehalt von 542,98 M.

Die vom Finanzministerium bewilligten 23 Proz. hätten das Gehalt... (Text continues)

In einer Versammlung in Berlin am Freitag, den 12. September... (Text continues)

war, wurde förmlich gegen diesen hohen Verpflegungssatz protestiert... (Text continues)

Viele Polizeibeamten weigern sich, dieses Erntergeld anzunehmen... (Text continues)

Beste Kreise der Schupo sind nicht gewillt, sich derartig abspalten... (Text continues)

Preussischer Landtag.

Die Donnerstagssitzung des Preussischen Landtages beginnt mit einer Geschäftsordnungsdebatte... (Text continues)

Die Debatte wird von dem Genossen Knoth eröffnet. Wir waren gezwungen... (Text continues)

um dadurch dem Großkapital freie Bahn zu schaffen. Der Minister hat gesagt... (Text continues)

durchgeführt werden müsse. Das ist das Resultat der Aussperrungen... (Text continues)

Miner (Soz.): Die erneute Hebe der Rechten gegen den Achtstundentag... (Text continues)

Der Haushalt des Handelsministeriums wird dann bewilligt.

Verschiedene kommunistische Anträge werden abgelehnt. Angenommen wird ein kommunistischer Antrag... (Text continues)

Es folgt dann die zweite Beratung des Haushalts der Mühlverwaltung.

Nach kurzer Debatte wird der Haushalt bewilligt. Angenommen wird ferner... (Text continues)

Bei der Beratung des Haushalts des Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeigers... (Text continues)

Genosse Ernst Meyer: Der nicht antilige Teil des Staatsanzeigers... (Text continues)

Genosse Schulz, Reußlin: Wir haben bisher gehört: Nur die Arbeit kann uns retten... (Text continues)

Der gemeinsame Antrag des Zentrums, der Sozialdemokraten... (Text continues)

3. Punkt bringt ein Antrag, 11 Uhr: Offener Brief an die Gewerkschaften... (Text continues)

Breslauer Nachrichten.

Politische Polizei und Orgeßch.

Der Prozeß gegen den Genossen Klein hat bewiesen, daß die Breslauer politische Polizei nicht das geringste getan hat, um gegen die Orgeßch vorzugehen. Ein neuer Beweis dafür, daß sie der Orgeßch unliebsame Personen, die der politischen Polizei Material überbrachten, beiseite, ins Gefängnis warf, können wir heute bringen.

Am 3. Oktober wurde der Landwirt A. K. aus der Untersuchungsabteilung entlassen. Derselbe war am 5. September von den Leuten des Pöb verhaftet worden. A. K. war in der Absicht, Oberschlesien gegen Polen zu verteidigen, in den Selbstschutz eingetreten. Nach der Liquidation des Aufstandes kam er zusammen mit dem bekannten Oberleutnant Förster und bekam dadurch Einblick in das reaktionäre Getriebe der Orgeßch. A. wurde u. a. von Förster beauftragt, herauszubekommen, wer die Agenten seien, die der Nachrichtenstelle beim Oberpräsidium Material über die Orgeßch liefere. Zu diesem Zweck erhielt A. 200 Mark von Förster und das Versprechen, bei Bewährung 1000 Mark monatliches Fixum und Spesen zu bekommen.

A. widerte aber das Treiben der Orgeßch an und er begab sich zu dem Herrn Brauer bei der Nachrichtenstelle Niederschlesien. Er gab diesem die bestimmten Adressen von Orgeßchbüros in Berlin, Magdeburg und Lübeck und deckte auch die Umtriebe in Breslau und die Tätigkeit des Förster bis ins kleinste auf.

Anstatt nun mit aller Energie der Orgeßch-Hydra zu Leibe zu gehen, wurde A. vertröstet, daß man die Sache dem Kommissar für öffentliche Ordnung übergeben habe.

Die Breslauer politische Polizei, die von der Nachrichtenstelle informiert war über die Vorgänge in Breslau, ging aber nicht der Mörderorganisation des Oberleutnants Förster, der sich angeblich als Abwicklungskommissar für den Selbstschutz etabliert hatte, zu Leibe, sondern sie verhaftete den A., der im Interesse der Republik die Orgeßchmänner aufdeckte, am 5. September, angeblich wegen politischer Umtriebe.

In der Tat eine feine politische Polizei, die sich unter der Oberhoheit des Herrn Liebermann, der jetzt, um seine weiße Weste leuchten zu lassen, Leitartikel für die „Schles. Zeitung“ schreibt, etabliert hatte.

A. ist nicht der einzige von denen, die die Machenschaften der Orgeßch aufdecken wollten und als Dank ins Gefängnis kamen. Es waren und es sind noch mehr Opfer des Gallunten Pöb und seiner Spießgesellen im Gefängnis. A. wurde am 3. Oktober ganz plötzlich entlassen und es liegt Grund vor anzunehmen, daß die Enthüllungen des Kleinprozesses beigetragen haben, daß Polizei und Richter ihre „Tunungen“ korrigiert haben.

Gaspreis.

Der Gaspreis beträgt von der Ableitung im Monat September 1921 ab bis zur Ableitung im Monat Dezember 1921 einschließlich Messermiete 1,80 Mark für den Kubikmeter. Für Mätagasentnehmer gilt der genannte Preis vom 6. Oktober 1921 ab.

Breslau, 5. Oktober 1921.

Städtische Betriebsdeputation.

Aus dem Waldenburger Revier.

Das erste Opfer des neuen Antriebessystems in Gottesberg.

Am Sonnabend, 1. Oktober, verunglückte in der 6. Abteilung Samontschacht Gottesberg der Bergbauer Hermann Kluge zu Tode. Der Verunglückte ist dem neueingeführten Gedingessystem zum Opfer gefallen. Das neue Antriebsystem beschränkt sich darauf, nur die Kohlen, die gehauen werden, zu bezahlen. Stredentreiben, Verschlagen und Zimmerung muß gratis gemacht werden. Kohlen- und Bergeschlepperarbeiten werden zu der betreffenden Position geworfen, bei der dieselben arbeiten. Also müssen die Kohlenhauer, um wenigstens den Mindestlohn nach Hause zu bringen, ihr Möglichstes tun, um Kohlen und nochmals Kohlen zu schinden. Daß bei diesem Antriebessystem die Sicherheitsvorschriften zum Teil außer Acht gelassen werden, liegt auf der Hand. An der Arbeiterschaft selbst liegt es, gegen ein solches Stellung zu nehmen, das von ihnen Opfer fordert, Schaden an Leben und Gesundheit trägt, den Aktionären in ihrer Unerfahrenheit neue Riesengewinne zuschanzt.

Bezirksparteitag Schlesiens.

Am Sonntag, 23. Oktober 1921, findet in Liegnitz der Bezirksparteitag Schlesiens statt. Bis zu 100 Mitglieder ist ein Delegierter zu entsenden. Auf weitere angefangene Hundert ein weiterer Delegierter. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein.

Zur Bedienung der Untofen wird vom Bezirk eine Extramarkte herausgegeben zum Preise von 1 Mark. Jedes Mitglied ist verpflichtet, mindestens eine Marke zu haben. Die Abrechnungen sind so schnell als möglich an die Bezirksleitung zu Händen des Genossen Gruschwitz einzufenden.

Anträge sind an die Bezirksleitung zu richten.

APD. Bezirksleitung Schlesien.

Der Streik in der Porzellan-Industrie.

Im Waldenburger „N. Tag-bl.“ veröffentlichten die Porzellan-Industriellen eine große Bekanntmachung, in der sie zunächst die Schuld an dem Streik den Arbeitern zuschieben, die so unverschämte seien, nicht nach einige Wochen zu warten, bis die Schlichtungsinstanz beim Reichsarbeitsministerium gesprochen hat.

Sie fordern die Arbeiter auf, bis zum 6. Oktober die Arbeit aufzunehmen, andernfalls die Nichterscheinenden fristlos entlassen werden.

Dieses brutale Vorgehen der zu Millionären gewordenen Fabrikanten wird die Arbeiter erst recht anspornen, im Kampf auszuharren, bis ihre gerechten Forderungen erfüllt sind.

Keiner wird dem Aufruf Folge leisten und Streikbrecherarbeit leisten.

Veranstaltungskalender.

Ortsgruppe Breslau. Zur Beachtung! Der für Mittwoch, den 10. Oktober angeordnete Neferenabend wird wegen des Kunstabends für Sowjetrußland auf Dienstag, den 11. Oktober, abends 7 Uhr, verlegt.

Mitgliedsbücher mitbringen.

Der Verband Breslauer Mieter hält am 10. Oktober im Etablissement Bergkeller und am 17. Oktober im Etablissement Klosterplantage eine öffentliche Mieterversammlung ab.

Görlitz. Montag, den 10. Oktober 1921, abends 7.30 Uhr, findet im Restaurant „Bismarckgarten“, Bismarckstraße, eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung u. a.: Stellungnahme zur Bezirkskonferenz. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Ortsgruppenleitung.

APD-Ortsgruppe Dittersbach. Sonntag, 9. Oktober, abends 7 Uhr, findet im Gasthaus „Friedenshoffnung“ eine wichtige Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung wie folgt: 1. Vortrag des Parteisekretärs Scholze, Gottesberg. 2. Geschäfts- und Kassenbericht. 3. Wahl der Delegierten zum Parteitag. 4. Auslandshilfe. 5. Anträge und Verschiedenes. Wir legen den Genossen dringend ans Herz, zu dieser wichtigen Versammlung vollzählig und pünktlich zu erscheinen, und laut Beschluß der letzten Mitgliederversammlung die Frauen mitzubringen. Referent ist anwesend. Der Vorstand.

APD-Ortsgruppe Gottesberg. Sonntag, 9. Oktober, vormittags 9 Uhr, öffentliche Volksversammlung, im Hotel „Guld-Auf“. — Sonntag, 9. Oktober, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung, Gasthof „Zum blauen Hirschen“ (bei Lonzer). Wichtige Tagesordnung. — Es ist Pflicht jedes Parteigenossen zu erscheinen. Auch Sympathisierende haben Zutritt und ersuchen wir die Parteigenossen solche mitzubringen. Die Ortsgruppenleitung.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, c. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48. Tel. Sühnow 1936 und 1957.

Auergewöhnlich billiges Angebot!
Riesenauswahl in alle Artens gewaltiger Paster.
Damen- u. Kinderkonfektion!

Damen-Winter-Mäntel 158, 225 bis 675 M
 nur moderne Farben, neue Fassons

Astrachan- u. Plüschmäntel
 jetzt noch preiswert

Farbige Stoffkleider in schönsten Farben
 135, 195, 275 bis 350 M

Kostüm-Röcke 29⁵⁰, 48, 95 M
 braun, blau, grün, kariert

Mädchen-Mäntel 58, 85, 125 M
 für 6 bis 12 Jahre

Ein Blick in meine Schaufenster überzeugt Sie!

LEUCHTAG
 Friedrich-Wilhelmstr. Ecke Schwerdtstr. **Wachholtz**

Größtes Spezialhaus für Damen- u. Kinderkonfektion d. Nikolaivorstadt
 Bei Vorzeigen dieses Inserats 10% Rabsenrabatt!

Schauspielhaus.
 Operettenbühne, Zel. Ring 25-45
 Heute und täglich 7^{1/2} Uhr:
Der Opernball.
 Sonntag nachm. 3^{1/2} Uhr:
Das Dreimäderlhaus.
 Montag 7^{1/2} Uhr:
Das Hollandweibchen.

Möbel aller Art
 zu streng soliden Preisen
L. Rosner, (Karlstraße 3)

Für Flechten-Kranke!
 Knoten-, Ring-, Eiter- und Bart-Beckeln, auch veraltete Leiden heile ich unter Garantie mit meinem bewährten Flechtenheilmittel in 8 bis 14 Tagen.
 Letztlich heilbar. Für Flechte paßt. Preis 25 Mark.
F. Müller, Heilmittel-Bremen.
 Große Krusenstraße 23.
 Sprechstunden: 9 bis 12 und 3 bis 4 Uhr.

KUNST-ABEND
 für
SOWJET-RUSSLAND

bestehend aus
KONZERT, THEATER und REZITATIONEN
 am
MONTAG, den 10. Oktober, abends 7 Uhr
 in „BRAUERS Festsäle“, Popelwigsstr. 36
EINTRITT 3.60 Mark inklusive Steuer

Der Reinertrag wird dem Internationalen Hilfskomitee für Sowjetrußland überwiesen. ::

Echte, extra starke Walthorius Hlenfong-Essenz
 (Dekantat, 12 Flasch. 25 RL, 30 Flasch. 60 RL gratis, in Apotheken, Drogerien, sonst direkt vom Laboratorium E. Walthor, Halle a. S.-Troska 133)

Hennig's Korn-Stübel und Garten
 Winterbleiche 6
Dienstag: Eisbeine Sonnabend: Wellwurst

Das riesig billige Angebot!!
 der
Firma Mohr & Co.
Breslau, Poststr. 2

trotz kolossal steigender Lebenspreise, für kommende Woche:

Damen-Lederspangenschuhe	Mark	65
Damen-Schürstiefel elegante Form.	Mark	98
Damen-Schürstiefel prima Nubbel.	Mark	135
Herren-Schürstiefel elegante Form.	Mark	115
Herren-Schürstiefel prima Nubbel.	Mark	145
Herren-Schürstiefel mit Gummisohlen-Hebelstiel.	Mark	195
Frauen-Filzschuhenstiefel ringeltem Scherbeckel.	Mark	65
Herren-Filzschuhenstiefel ringeltem Scherbeckel.	Mark	75
Milch- u. Kuhstiefel für Bergarbeiter.	Mark	62
Feld- und Arbeitstiefel in großer Auswahl.		

Max Landsberg
 Gräbschener Straße 27
 empfiehlt insbesondere
Anzüge, Hüter, Anzugen, Schlüpfer, Joppen, Hosen, Konfirmations- und Kinderanzüge
 sowie Hüte in großer Auswahl

Wolle-Zwirne-Garne
 für Händler und Wiederverkäufer, auch Einzelverk.

Erich Fraenkel
 Breslau V, Gräbschenerstr.
 Eingang Reichstraße.